



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Preußische Briefe : siebenter Brief : die Kaiserwahl.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

jung, und ich kann mir es recht lebhaft vorstellen, wie gut Ihnen selbst der Stürmer und der Legionsroß zu Gesichte gestanden hätte. B.

Preussische Briefe.

Siebenter Brief.

Berlin, den 5. April 1849.

Die Kaiserwahl.

Ich verschob mein Schreiben von Tage zu Tage, weil man jeden Augenblick eine neue Wendung der deutschen Sache erwarten konnte. Indes endlich muß man doch einmal abschließen. Nehmen Sie denn ein Bild von der gegenwärtigen Lage und messen Sie es nicht dem Schreiber bei, wenn es kläglich ausfällt.

Die erste Nachricht von der Wahl machte einen sehr gemischten Eindruck. Nach der Ablehnung des Welcker'schen Antrags war die geringe und um einen so theuern Preis erkaufte Majorität nicht im Stande, das Imponirende eines mit einer gewissen Gewaltigkeit ausgesprochenen Nationalwillens zu ersetzen. Die voreilige Nachricht von der Annahme des Welcker'schen Antrags hatte in Berlin die größte Sensation hervorgebracht, weil sie überraschte; jetzt aber hatte man sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, und es fehlte ihm der Reiz der Neuheit. Zwar ließ sich das Gefühl des specifischen Preussenthums, das durch alle Anstrengungen des Radicalismus nicht hat verwischt werden können, eine solche Huldigung von Seiten der süddeutschen Brüder wohl gefallen, aber auf das Detail der neuen Situation mit Interesse und Verständniß einzugehen, dazu fehlte die Lust und eigentlich auch die unmittelbare Anschauung. Die Zeitungen, mit Ausnahme der Neuen Preussischen, waren am lautesten in der Anerkennung der octroyirten Würde; sie sprach sich in den alten Blättern mit spießbürgerlichem Wohlwollen aus, in der deutschen Reform mit einem gemäßigten Enthusiasmus, in der Nationalzeitung mit grollenden Ermahnungen. Das große Publikum trug sich zu sehr mit der Idee des Belagerungszustandes herum, als daß eine, wenn auch noch so lockende Fernsicht es hätte erheblich elektrisiren können.

In den beiden Kammern herrschte die kaiserliche Partei vor; nur domirte, je nachdem man sich rechts oder links hielt, der preussische oder der deutsche Volkssouveränitäts-Gesichtspunkt. Man kann übrigens auch der Linken in der zweiten Kammer nachsagen, daß sie sich in dieser Frage erträglich gowernemental hielt; Herr v. Berg deutete die Nothwendigkeit an, demjenigen Manne das Scepter Deutschlands in die Hände zu geben, der bereits das Schwert trug. In folgenden Punkten waren alle Parteien einig. Der König müsse die ihm übertragene Würde annehmen, weil sonst, wie die Rechte meinte, ein anderer Staat die Hegemonie Deutschlands an sich reißen könnte, oder weil nach der Ansicht der Linken die Auflösung der Nationalversammlung und die Rückkehr zum System der heiligen Allianz die unabweisliche Folge einer Ablehnung sein müßte. Selbst die Legitimisten, in deren Namen dießmal Graf Arnim-Boitzenburg eine Adresse abgefaßt hatte, waren für die Kaiserwürde, wenn sie auch die Rechte der Fürsten schonen

zu missen glaubte, und auf das Recht der Nationalversammlung, die Krone Karl des Großen zu übertragen, nicht viel geben wollte. Es waren ferner alle Parteien — mit Ausnahme der äußersten Linken, die von der Hegemonie eines reactionären Staats überhaupt Nichts wissen wollte, darin einig, daß der Beschluß der Nationalversammlung nur für diejenigen Staaten verbindlich sein könne, welche sich ihm freiwillig anschließen würden; wobei man freilich voraussetzte, daß mit alleiniger Ausnahme Oesterreichs, auf dessen Beitritt nur noch die Herren Blömer und Ostrerath rechneten, ganz Deutschland sich in kürzester Frist fügen würde.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten schien dieser Ansicht im Wesentlichen zu entsprechen. Ueber den Inhalt der neuen Verfassung hatte Graf Brandenburg sich so wenig ausgelassen, als die Wortführer der parlamentarischen Parteien; man setzte stillschweigend voraus, daß die unverkennbaren Verkehrtheiten derselben sich auf dem Wege der verfassungsmäßigen Revision würden ausgleichen lassen. Die Frankfurter Deputirten — deren Einzug übrigens durch die strengen Maßregeln des Belagerungszustandes etwas farblos geworden war — gingen von derselben Ansicht aus. Um so größere Ueberraschung erregte die Antwort, welche der König ihnen ertheilte; theils weil sie das Oidium der Fürstenrechte dem Volkswillen gegenüber auf sich nahm, anstatt es ruhig dem eventuellen Widerspruch der einzelnen Fürsten zu überlassen, theils weil sie über die Hauptsache sich so völlig unklar ausdrückte.

In der ersten Hitze der Ueberraschung stellte Vincke den berühmten Antrag, eine Commission niederzusetzen, um gegen diesen Schritt der Krone, der die Monarchie in die größte Gefahr setzen müßte und den der Antragsteller ganz richtig den verantwortlichen Ministern zuschrieb, diejenigen Mittel zu ergreifen, welche den constitutionellen Ständen zu Gebote ständen.

Ich schöpfte aus diesem Antrag die voreilige Hoffnung, das Einzige, wodurch die Möglichkeit einer parlamentarischen Entwicklung hervorgebracht werden konnte, die Coalition der beiden Centren, werde durch den gemeinsamen Kampf gegen die reactionäre Regierung beschleunigt werden. Ich habe mich getäuscht. Gleich in der Commission traten beide Parteien mit einem besondern Antrag hervor, der sich nicht dem Inhalt, sondern nur der Fassung nach unterschied und auf dem doch mit so großer Hartnäckigkeit bestanden wurde, daß darüber beide Anträge fielen. Die erste Kammer, in der ein ähnlicher Plan durchgeführt werden sollte, verlegte ihre Sitzungen bis nach den Feiertagen, anscheinend um der Krone Raum zur Ueberlegung zu lassen; in der zweiten sungen gleich den folgenden Tag die alten kleinlichen Zänkereien zwischen den beiden Seiten an. Außerdem erhielt die Sache eine neue Wendung durch die nachträgliche Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Regierung eine Circulardepesche an die übrigen Staaten erlassen habe, um die Geneigtheit der Krone zur provisorischen Uebernahme der Regierung Deutschlands auszudrücken und sie zu einem schnellen Gutachten darüber aufzufordern. Es heißt nun, die Vinckesche Partei halte durch diese Erklärung ihren Antrag für erledigt.

So ist für den Augenblick die Lage; unklar und kläglich genug; erlassen Sie mir aber die Kritik bis zum nächsten Briefe, in welcher Zeit sich ein bestimmteres Verhältniß herausgestellt haben wird.